

Podiumsdiskussion

Europas "illiberale Demokratien" und die Zukunft der EU

Veranstaltung der Südosteuropa-Gesellschaft e.V. und der Gesellschaft für Außenpolitik e.V.

München, 5. März 2026

Bericht von Franz Beimesche, München

Am 5. März 2026 diskutierten Dr. Daniel Hegedüs, Stellvertretender Direktor des Instituts für Europäische Politik in Berlin und Johannes Haindl, Botschafter a.D., unter der Moderation von Prof. Dr. Marie-Janine Calic, Professorin für Ost- und Südosteuropäische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München, über Europas „illiberale Demokratien“ und die Zukunft der EU. Auf dem Podium im Cervantes-Institut München wurden verschiedene Erklärungsansätze zum Entstehen illiberaler Demokratien, deren Eigenschaften in Europa und vor allem das Beispiel Ungarn besprochen. Angesichts der anstehenden Parlamentswahlen in Ungarn am 12. April ist dieses Beispiel von großer Bedeutung. In der ersten Frage fokussierte Prof. Calic auf den globalen Trend einer Abwicklung demokratischer Systeme. Beide Sprecher waren sich einig, dass eine globale Schwächung der Demokratien zu beobachten ist, die in einer sogenannten dritten Welle der Autokratisierung stattfindet und Ostmitteleuropa als Region besonders betroffen ist. Illiberalismus als Konzept wurde als politisches Produkt beschrieben, welches entgegen der eigenen Behauptung nicht vor allem kulturell, sondern vielmehr verfassungsmäßig illiberal sei und somit einen Anti-Pluralismus mit unkontrollierter politischer Entscheidungsgewalt forcieren. Wahlen werden demnach zu Volksabstimmungen über ein liberal- oder illiberal-demokratisches System. Ergänzend wurde angeführt, dass Illiberalismus auch als die Schaffung einer zweiten Realitätsebene verstanden werden müsse: eine gemeinsame Basis und Auffassung der Realität sei nicht mehr unbedingt vorhanden, der Raum für „alternative Fakten“ werde somit geöffnet. Uneinigkeit bestand bei dem Thema Revisionismus, ob und inwiefern Ungarn revisionistische Ziele verfolge, welche autokratisierende Systeme ebenfalls häufig prägen. Auf den europäischen Kontext bezogen wurde die Slowakei ebenfalls als sich entwickelndes illiberales System identifiziert, während in Polen die „Rückabwicklung“ der Illiberalisierung nur schleppend laufe, was auch die Perspektive für Ungarn aufzeige. In der Diskussion wurde ebenfalls die Rolle der Europäischen Union diskutiert, welche, darauf einigten sich beide Gäste, am Konstruktionsfehler des Einstimmigkeitsprinzips leide und somit von Ungarn oder der Slowakei immer wieder vorgeführt werden könne (z.B. im Artikel 7 Verfahren). Diese innere Opposition sei bei illiberalen Demokratien ein beliebtes Mittel zum Ausbau der eigenen Machtstellung. Auf den ungarischen Kontext bezogen wurden mehrere Szenarien für die kommende Parlamentswahl diskutiert. Am wahrscheinlichsten sei trotz aller Schwierigkeiten ein Machtwechsel zu einer demokratisch geführten Regierung unter der Führung Peter Magyar, auch wenn alternative Szenarien nicht ausgeschlossen werden dürften. Solche seien zum Beispiel eine Verschiebung der Wahl, eine direkte Manipulation oder auch eine Ausstattung Viktor Orbans mit exekutiven Befugnissen durch den Umbau Ungarns zu einem semi-präsidentiellen System. Da aber nach 16 Jahren Fidesz-Regierung große Teile der Medien, Universitäten und des Justizwesens mit Fidesz-loyalen Personen besetzt sind, geht

vor allem ein Redner davon aus, dass es auch nach einem Machtwechsel nur zu einigen wenigen Strafverfolgungsmaßnahmen kommen werde, etwa gegen mächtige Oligarchen. Ansonsten werde sich das neue System nach einem Machtwechsel vermutlich auf einem kooperativen Ansatz fokussieren. Falls also ein friedlicher Machtwechsel zustande kommen sollte, werde dies eine klar europäische Wirkung haben und möglicherweise dazu führen, dass Ungarn 2027 der einzige liberal-demokratisch regierte Visegrad-Staat ist. Um künftig gegen das demokratische Abgleiten von Mitgliedsstaaten gewappnet zu sein, müssten sich die EU-Institutionen grundlegend reformieren. In der anschließenden Fragerunde wurden noch weitere Themen angesprochen, etwa der deutsche Umgang mit Viktor Orban, die wirtschaftliche Bedeutung der EU für Ungarn sowie Fragen zum aktuellen Herausforderer Peter Magyar. Abschließend wurde festgehalten, dass Demokratie nicht zum Scheitern verurteilt sei. Denn autokratische Politik produziert und wird immer Widerstand produzieren, da sie mit Good Governance unvereinbar sei und immer wieder nicht-haltbare Versprechen gemacht werden.